

FBP-Präsident: «Die VU ist nicht bereit, langfristig und nachhaltig zu handeln»

Gegenwehr Die Ankündigung von Regierungschef Tschütscher, zur Konsolidierung des Staatshaushalts notfalls Steuern zu erhöhen, stösst auf wenig Gegenliebe. «Das wäre der komplett falsche Weg», warnt FBP-Präsident Alexander Batliner.

VON MICHAEL BENVENUTI

«Es macht doch keinen Sinn, wenn wir jetzt überall gross reinhauen und von Steuererhöhungen sprechen», liess FBP-Präsident Alexander Batliner in der IFLTV-Sendung «Forum - der Polittalk» kein gutes Haar an den Plänen von Regierungschef Klaus Tschütscher. Dieser hatte vor wenigen Tagen bei der Präsentation des Budgets 2012 angekündigt, notfalls auch Steuererhöhungen durchsetzen zu wollen, um den Staatshaushalt wieder ins Lot zu bringen. Steuererhöhungen seien der komplett falsche Weg, kritisierte Batliner: «Dadurch würde die Attraktivität des heimischen Standortes vermindert.» Anstatt die Rahmenbedingungen weiter zu verschlechtern, müsse der Wirtschafts- und Finanzplatz Liechtenstein fit für die Zukunft gemacht werden, forderte Batliner: «Wir müssen neue Arbeitsplätze schaffen und dafür sorgen, dass sich mehr Unternehmen im Land ansiedeln.»

Tschütscher kürzte das Sparpaket

Diesen Forderungen pflichtete auch VU-Präsident Jakob Büchel bei - Steuererhöhung sollten das letzte aller Mittel sein. Damit es erst gar nicht so weit komme, müssten die Sparbemühungen weiter umgesetzt werden, sagte Büchel und nahm dabei die Bürgerpartei in der Pflicht: «Ich appelliere an die FBP, dass sie auch das zweite Sparpaket mitträgt.» Zuletzt seien vom Koalitionspartner allerdings «eher umgekehrte Anträge» gekommen. Diesen Vorwurf wies Batli-



FBP-Präsident Alexander Batliner lehnt Massnahmen, die den Standort Liechtenstein belasten würden, strikt ab: «Wir müssen neue Arbeitsplätze schaffen und dafür sorgen, dass sich mehr Unternehmen im Land ansiedeln.» (Foto: Zanghellini)

ner entschieden zurück: «Wir haben bisher alle Sparmassnahmen der Regierung mitgetragen.» Dass Liechtenstein ein zweites Sparpaket brauche, liege in erster Linie am Regierungschef selbst: «Er war es, der vor gut einem Jahr verkündet hat, wir müssen nicht 160 Millionen Franken sparen, es reichen 135 Millionen.» Dieses Geld fehle jetzt. Überhaupt vermisst FBP-Präsident Batliner bei der Vaterländischen Union ein Konzept für die Herausforderungen der Zukunft. Die VU sei nicht bereit, langfristig und nachhaltig zu handeln. Bestes Beispiel sei hier die AHV. Die jüngsten Reformen hätten nicht dazu ge-

«Weshalb redet der Regierungschef davon, macht es aber nicht?»

ALEXANDER BATLINER
FBP-PRÄSIDENT

dient, die AHV zu sichern, «es ging nur darum, den Staatsbeitrag zu reduzieren». Die FBP-Fraktion im Landtag habe deshalb beschlossen, die Regierung mit der Streichung des AHV-Staatsbeitrages ab 2018 unter Druck zu setzen: «Jetzt ist die Regierung dazu gezwungen, eine langfristige Lösung zu finden.» Den Vorwurf Jakob Büchels, die FBP habe mit diesem Vorgehen die Planungssicherheit der AHV gefährdet, wollte Batliner in zweifacher Hinsicht nicht gelten lassen: Zum einen sei der FBP-Antrag von der VU mitgetragen worden, zum anderen habe die Regierung nun sieben Jahre Zeit, um eine Lö-

sung zu finden. «Wenn man das in diesem Zeitraum nicht schafft, läuft sowieso etwas falsch», so Batliner.

Mehr Zuwanderung gefordert

Einigkeit zwischen den Parteipräsidenten herrschte hingegen beim Thema Zuwanderung: Für Fachkräfte müssten die Grenzen unbedingt weiter geöffnet werden, erklärten Batliner und Büchel. Es reiche nicht, kritisierte Alexander Batliner, wenn Regierungschef Tschütscher nur davon rede, wie zuletzt bei einer Podiumsdiskussion an der Universität in St. Gallen: «Weshalb redet er immer nur davon, macht es aber nicht?» Zumal die Problematik keine neue sei: «LIHK, Wirtschaftskammer und auch die FBP fordern das ja bereits seit Jahren», so Batliner weiter.